

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 29

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 23.1.2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

dieses neue Jahr, für das wir Ihnen viel Glück und Erfolg wünschen, begann für die Menschen in Nahost nicht glücklich, sondern mit einer weiteren Katastrophe: Der **Krieg in Gaza** stellt deshalb den Schwerpunkt in dieser ersten Ausgabe unseres entwicklungspolitischen Rundbriefs im Neuen Jahr dar. Wir dokumentieren ab S. 3:

- Erklärung der Teilnehmerinnen der Nahostkonferenz der Fraktion DIE LINKE: Legt die Waffen nieder! (15.1.2009)
- Interview von Heike Hänsel mit der israelischen Friedensaktivistin Inna Michaeli (16.1.2009): Shalom/Salam – Frauen in Israel und Palästina für den Frieden
- Bericht Schwäbisches Tagblatt (19.1.2009): „Die israelische Friedensaktivistin Inna Michaeli sprach bei den Linken über den Nahost-Konflikt“
- Pressemitteilung von Hüseyin Aydin (6.1.2009): Israels Offensive im Gazastreifen stärkt den islamistischen Fundamentalismus
- Pressemitteilung von Heike Hänsel (30.12.2009): Gaza – für einen sofortigen Waffenstillstand!

Zum **60. Jahrestag der Menschenrechtserklärung** hat DIE LINKE einen kritischen Blick auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und die wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Konzerne in den Ländern des Südens geworfen. Wir dokumentieren ab S. 9:

- Rede von Hüseyin Aydin (18.12.2008): Frauenrechte sind Menschenrechte
- Rede von Hüseyin Aydin (4.12.2008): Hermes-Bürgschaft für Ilisu-Staudamm widerrufen
- Pressemitteilung von Heike Hänsel (10.12.2008): Menschenrechtsverteidiger in Kolumbien unterstützen
- Kommentar von Heike Hänsel im Schwäbischen Tagblatt zum 60. Jahrestag der Menschenrechtserklärung (12.12.2008)
- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 16/11358): Stahlwerkbau von ThyssenKrupp AG in Brasilien

Weitere Beiträge aus dem **Plenum** des Bundestags dokumentieren wir ab S. 18:

- Rede von Hüseyin Aydin (4.12.2008): Bekämpfung von Armut braucht fairen Handel und kohärente Politik
- Rede von Hüseyin Aydin (5.12.2008): Sanitäre Grundversorgung: Dezentrale und technisch einfache Lösungen gefragt
- Rede von Hüseyin Aydin (18.12.2008): Eigenverantwortung stärken, Budgethilfe ausweiten

In Berlin diskutierten am 19. Januar 2009 der Bürgerrechtler Tiecoura Traoré aus Mali und Hüseyin Aydin über Wirtschaftsliberalisierung und linke **soziale Bewegungen in Afrika**. Wir dokumentieren ab S. 22:

- Veranstaltungsbericht (19.1.2009): Afrika – Demokratie, das ist mehr als Wahlen

Hinweis auf **aktuelle Broschüren** aus der AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Fraktion DIE LINKE ab S. 24:

- „Afrika und DIE LINKE – Entwicklungspolitische Perspektiven europäisch-deutscher Afrikapolitik“
- „Mit Sicherheit keine Entwicklung – die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit“

Friedensaktivistinnen und DIE LINKE fordern gemeinsam: Legt die Waffen nieder!

Gemeinsame Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Nahost-Friedenskonferenz Shalom/Salam der Fraktion DIE LINKE am 14. und 15.1.2009:

Die Meldung über die Bombardierung der UN-Zentrale und eines Krankenhauses des roten Halbmondes in Gaza erreichte uns während der Frauen-Friedenskonferenz Shalom/Salam, die die Bundestagsfraktion DIE LINKE mit Friedensaktivistinnen aus Israel, Palästina und Deutschland, in Berlin durchführte.

Wir sind tief entsetzt über diese neuste Eskalation der Bombardierungen und der unerträglichen Menschenrechtsverletzungen. Der Krieg hat bereits über 1000 Todesopfer gefordert. Sie sind keine Zahlen, sondern Menschen mit Leben, einer Geschichte, zerstörter Zukunft.

Wir, die Teilnehmerinnen, fordern die Bundesregierung eindringlich auf, die völkerrechtswidrigen Angriffe entschieden zu verurteilen und alle ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen für einen sofortigen Waffenstillstand, die Öffnung der Grenzen nach Gaza und das Ende der Besatzung. Sofort müssen Journalistinnen und Journalisten freien Zugang nach Gaza bekommen, damit eine objektive internationale Berichterstattung möglich wird.

Wir fordern von der Bundesregierung, der EU und den Vereinten Nationen ein entschiedenes Handeln, damit der beidseitig gewaltsame Konflikt beendet wird. Angesichts der Verweigerung Israels internationales Recht anzuerkennen, muss der UN-Sicherheitsrat die Initiative an sich ziehen, damit gültiges Völkerrecht und die Genfer Menschenrechtskonvention durchgesetzt werden.

Die anwesenden Friedensaktivistinnen aus Israel und Palästina fordern die Solidarität der internationalen Gemeinschaft. Sie brauchen dringlich ihre Unterstützung, damit der Krieg beendet wird. Die Internationale Gemeinschaft muss ihre Verantwortung wahrnehmen, damit Frieden und Sicherheit eine Perspektive für alle Menschen in der Region sind.

Shalom/Salam: Frauen in Israel und Palästina für den Frieden

Am 14./15. Januar veranstaltete die Fraktion DIE LINKE in Berlin die Konferenz „Shalom/Salam: Frauen in Israel und Palästina für den Frieden“ über den gewaltsamen Konflikt in Nahost. Während der Planungen konnte niemand absehen, dass zu diesem Zeitpunkt ein blutiger Krieg weite Teile des Gazastreifens zerstören würde. Entsprechend überschattet, aber auch von umso größerer Dringlichkeit stellte sich folglich die Konferenz in ihrem Verlauf dar, auf der vier Frauen aus Israel/Palästina, Nabila Espanioly (Al Tufula), Shula Kshet (Ahoti), Amal Khreishe (Palestinian Working Women Society for Development) und Inna Michaeli (Coalition of Women for Peace) über Bemühungen der Zivilgesellschaft sprachen, die Gewaltspirale zu durchbrechen.

Zusammen mit der Abgeordneten Heike Hänsel nahm Inna Michaeli am 16. Januar in Tübingen an einer Informationsveranstaltung zum Gaza-Krieg sowie an einer Mahnwache in Stuttgart teil.

Inna Michaeli kam 1992 aus St. Petersburg nach Israel. Sie ist Koordinatorin der „Coalition of Women for Peace“ (CWP), deren Mitglied sie seit 2004 ist. Durch ihre Arbeit in der Aktionsgruppe „Black Laundry: Lesben und Schwule gegen die Besatzung und für soziale Gerechtigkeit“ kam sie mit den brutalen Ausprägungen der strukturellen Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser durch die israelische Besatzung in Berührung. Seit 2002 engagiert sie sich im Kampf gegen die Mauer zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten und für das Ende der israelischen Besatzung der West Bank und des Gazastreifens. Und sie fordert gleiche Rechte für jüdische und palästinensische Bürgerinnen und Bürger in Israel.

Anlässlich des Besuchs von Inna Michaeli im Januar 2009 in Deutschland sprach Heike Hänsel, developmentpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit der israelischen Friedensaktivistin:

Hänsel: *Inna, wie beurteilt die israelische Bevölkerung die Militäraktionen im Gaza-Streifen?*

Michaeli: Die Mehrheit befürwortet leider noch diese Militäraktionen, weil sie die offizielle Version des "Abzugs" der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen glaubt, auch wenn sie falsch ist. Die Leute wollen einfach nicht wahr haben, dass Gaza in den letzten drei Jahren unter israelischer Belagerung war, und sie sehen die Hamas als allein verantwortlich an für die schlechte Situation der Bevölkerung in Gaza. Zudem zeigen die israelischen Medien kaum etwas von den Kriegsoptionen, den Toten, Verletzten und all dem anderen Leid. So ist es eben einfach nur die offizielle "Selbstverteidigungs-Geschichte". Trotzdem, ähnlich zum Libanon-Krieg, je mehr Zeit vergeht, je mehr Menschen sterben, wird es doch für viele immer deutlicher, dass dieses Massaker nirgendwo hinführt und mehr und mehr Teile der israelischen Gesellschaft (die sog. zionistische Linke) beginnen für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zu plädieren.

Hänsel: *Wie ist die Position der israelischen Friedensbewegung, welche Aktivitäten gibt es? Die Medien in Deutschland bringen darüber sehr wenig...*

Michaeli: Von Kriegsbeginn an kam sofort der Widerstand von den "radikalen" Friedens- und Antibesatzungsgruppen und vielen Palästinenserinnen und Palästinensern, die in Israel leben. Es gab einen Prozess der Politisierung unter den Palästinenserinnen und Palästinensern. Z.B. beteiligten sich an der Frauendemonstration in Haifa viele Palästinenserinnen, die zuvor eher nicht politisch aktiv waren. Wir konzentrieren uns natürlich zuallererst auf einen starken sichtbaren Protest in Israel und auf die Solidarität mit den Opfern in Gaza. Dann versuchen wir auch die internationale Gemeinschaft zu erreichen durch zahlreiche Netzwerke (z.B. „Frauen in Schwarz International“), um die Welt wissen zu lassen, dass wir von unserer eigenen Regierung als Geisel genommen wurden und durch dieses tödliche "Abenteuer" gefährdet werden, nur damit sie bei den kommenden Wahlen gut abschneidet.

Hänsel: *Was erwartet ihr von der deutschen Friedensbewegung?*

Michaeli: Wir erwarten natürlich Solidarität und die Entwicklung eines auf einander abgestimmten Rahmens, in dem wir gemeinsam die politische Situation im Nahen Osten, die so internationalisiert ist, interpretieren und dann agieren können. Speziell auch für Menschen, denen Israel sehr am Herzen liegt. Denn trotz allem, Israel ist nicht nur ein Haufen von Generälen, die UN-Schulen bombardieren. Israel ist auch eine Zivilgesellschaft mit einigen kritischen, unabhängigen Menschen, Friedensaktivistinnen, Feministinnen – gerade wir brauchen Unterstützung und Solidarität. Die weltweite Friedensbewegung ist damit konfrontiert, mit komplexen Problemen umzugehen. Und gerade die deutsche Friedensbewegung hat die Aufgabe und Chance, eine Politik zu entwickeln, die der Geschichte und den Lebensinteressen von Israelis und Palästinenserinnen und Palästinensern Rechnung trägt. Dazu bedarf es der Überzeugung, einerseits gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus und andererseits gegen Besatzung und Unterdrückung, wie sie die palästinensische Bevölkerung erleidet, zu kämpfen. Es ist meines Erachtens entscheidend, dass diese beiden Kämpfe als miteinander verknüpft und nicht als sich widersprechend gesehen werden.

Zeitungsartikel, 19.1.2008

Krieg gegen Terror ist selbst Terror

Die israelische Friedensaktivistin Inna Michaeli sprach bei den Linken über den Nahost-Konflikt

Aus: Schwäbisches Tagblatt, 19.01.2008

Zwei Tage, bevor Israel den Waffenstillstand erklärte, kamen am Freitagabend etwa 100 Leute ins Schlatterhaus, um zu hören, wie die israelische Feministin und Friedensaktivistin Inna Michaeli den Nahost-Konflikt einschätzt.

Tübingen. Als Ausdruck der Sorge und Empörung über die Lage in Palästina wertete Heike Hänsel, die entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag, den Andrang, der am Freitagabend im Schlatterhaus herrschte. Dort sprach Inna Michaeli von der israelischen Friedensorganisation „Coalition of Women for Peace“ auf Einladung der Tübinger Linken zum Thema: „Gaza: Waffenstillstand sofort! Friedenskräfte unterstützen!“

Ein Anliegen der Linksfraktion, so Hänsel, ist die Umsetzung der UN-Resolution 1325: Frauen und Mädchen sollen stärker an der Lösung von Konflikten beteiligt werden. Sie setzt daher auf Kooperation gerade auch mit feministischen Friedensorganisationen. Deshalb die Einladung von Inna Michaeli. Ursprünglich ist deren Hintergrund die lesbische Emanzipationsbewegung. 1992 kam sie aus Sankt Petersburg nach Israel, und seit zehn Jahren engagiert sie sich nun in der Organisation „Coalition of Women for Peace“ gegen die Mauer zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten und für das Ende der Besatzung der West Bank und des Gazastreifens.

Die „Coalition of Women for Peace“ ist ein Verband von zehn feministischen Friedensorganisationen, die von Michaeli koordiniert werden. Noch am Tag, bevor im Dezember die Militäroperation der israelischen Armee begann, hatte sie eine Demonstration für die Öffnung des Gaza-Streifens organisiert, und am Tag nach den ersten Militäreinsätzen versammelten sich 1000 Leute in Tel Aviv, um für den Frieden zu plädieren, wie Michaeli berichtete. Seither hätten in Israel jeden Tag solche Demos stattgefunden.

Das Hauptanliegen der Aktivistin bei ihrem Besuch war, internationale Netzwerke für den Frieden auf- und auszubauen. Auch von Deutschland aus könne man versuchen, jene Organisationen im Nahen Osten zu stärken, in denen sich Israelis und Palästinenser gemeinsam gegen die Mauer und gegen die Besatzung einsetzten. Kritisiere man allerdings in Deutschland die Besatzungspolitik Israels, sehe man sich schnell dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt. Dies dürfe aber niemanden davon abhalten, die Stimme für den Frieden zu erheben, meinte die Jüdin aus Haifa.

Rassismus, Sexismus, Islamophobie und Antisemitismus prägten unsere Gesellschaften strukturell – und allzu oft nutzten die Eliten diese Strukturen für ihre Zwecke, so Michaeli weiter. Um so wichtiger sei es, dass sich die Bewegungen, die Friedenspolitik von unten machten, vernetzten, um diese Strukturen zu überwinden. Spontanen Beifall bekam sie für ihre Kritik an der Missachtung von Menschenrechten auch in der EU und ihren Appell, der zunehmenden Entwertung menschlichen Lebens entgegenzuwirken.

Männer mit Waffen haben das Sagen

Was Israel betrifft, so plädierte sie für eine radikale Umwälzung der Machtverhältnisse, denn in dem Konflikt herrsche Asymmetrie: Es gebe Unterdrückte und Unterdrücker, von gleichberechtigten Dialogpartnern könne keine Rede sein. Entsprechend hart urteilte Michaeli über das Vorgehen der israelischen Armee: „In Gaza findet ein Genozid statt.“ Damit meinte sie nicht nur den Krieg in den letzten Wochen, sondern „41 Jahre der Besatzung und 60 Jahre der Vertreibung“.

Auf die Frage, wie sie die Hamas einschätze, betonte sie zwar die Verbesserungen im sozialen Bereich, vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen, die für die Menschen in den besetzten Gebieten durch die Hamas entstanden seien. Sie plädierte auch dafür, die, wie sie betonte, demokratisch gewählte Hamas in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Dennoch sehe sie in ihr keineswegs eine Garantin für den Frieden. Den Widerstand in Palästina bewertete sie aus feministischer Sicht heraus als zu stark patriarchalisch dominiert: „Männer mit Waffen haben das Sagen, zu viel Testosteron ist da involviert, ich mag das nicht.“ Muslimische Organisationen behinderten zudem oft den sexuellen Emanzipationsprozess.

Eine Lösung für den Konflikt könne auch sie nicht nennen, sie wisse nur: „Der Krieg gegen den Terror ist selbst Terror und ruft weiteren Terror hervor.“ Als Mittel zum Frieden kann ihrer Ansicht nach der Druck der Bevölkerungen auf die Herrschenden und auf jene, welche vom Krieg profitieren, dienen. So forderte sie dazu auf, Kampagnen gegen die Profiteure des Gaza-Krieges zu starten. Um darüber aufzuklären, wer diese Profiteure sind, hat ihre Organisation eine Website erstellt, auf der sich auch einige deutsche Firmen finden lassen: www.whoprofits.org.

Autor: Matthias Rude

Pressemitteilung, 6.1.2009

Israels Offensive im Gazastreifen stärkt den islamistischen Fundamentalismus

„Der Einmarsch Israels und die zivilen Opfer der Bombenangriffe sind eine willkommene Propaganda für islamistische Fanatiker. Der Krieg in Gaza gefährdet nicht nur die Menschen dort, er befördert weltweit eine antiisraelische und antiwestliche Stimmung sowie den Terrorismus“, warnt Hüseyin Aydin, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Aydin weiter:

„Zehntausende Menschen auf Demonstrationen und in den Moscheen der arabischen Welt verstehen diesen Krieg nicht als Angriff gegen die Hamas und deren Politik, sondern als Attacke auf den Islam im Allgemeinen. Von dieser emotional aufgepeitschten Stimmung profitieren jene, die eine Religionsdiktatur errichten wollen. Die Machthaber in den islamischen Staaten wiederum instrumentalisieren den Konflikt für ihre innenpolitischen Ziele.

Die Hamas kann durch den Krieg vielleicht militärisch geschwächt werden, politisch wird sie gestärkt aus der erneuten Konfrontation hervorgehen, denn das Märtyrertum ist zentraler Bestandteil ihrer Strategie. Auch deshalb muss Israel die Bodenoffensive stoppen, seine Truppen zurückziehen und die Bombardierungen einstellen. Die militanten Gruppen in Gaza müssen den Raketenbeschuss israelischer Städte unterbinden und endlich das Existenzrecht des israelischen Staates anerkennen. Dringend notwendig ist die Vereinbarung eines verbindlichen Waffenstillstands. Darauf sollten die USA und die EU drängen. Der Waffenschmuggel in den Gazastreifen muss mit Unterstützung Ägyptens gestoppt und die Blockade aufgehoben werden.

Ein dauerhafter Frieden in Nahost ist darüber hinaus nur dann möglich, wenn die Nachbarstaaten eingebunden und von beiden Seiten akzeptierte Mediatoren aktiv werden. Die türkische Regierung sollte nach dem Beginn einer Waffenruhe ihre Bemühungen zur Vermittlung zwischen Israel und Syrien fortsetzen.“

Für einen sofortigen Waffenstillstand!

Anlässlich des heutigen Sonder-Treffens der EU-Außenminister zur Lage im Nahen Osten, fordert die entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heike Hänsel, Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand im Gaza-Streifen einzusetzen.

Die bisherige einseitige Stellungnahme der Bundesregierung zu den israelischen Angriffen würde die Forderung von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon nach einem Waffenstillstand torpedieren und wäre kein Beitrag zum Frieden im Nahen Osten, so Hänsel. Diese Haltung verspiele auch eine zukünftige Vermittlerrolle im Friedensprozeß. Weltweit würden die israelischen Luftangriffe mit bisher fast 400 Toten und über 1000 Verletzten verurteilt, so auch von Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, der die Bombardierungen als Kriegsverbrechen bezeichnete, da Israel über die absolute Lufthoheit über Gaza verfüge. Hänsel kritisiert zudem, daß Bundeskanzlerin Angela Merkel Ursache und Wirkung in diesem Konflikt vertausche. So sei Auslöser der jetzigen Eskalation zwar die nicht zu akzeptierenden Kassam-Raketenangriffe von seiten der Hamas, Grundkonflikt wäre aber nach wie vor die seit 40 Jahren andauernde Besatzung und die damit verbundene ständige Abriegelung des Gaza-Streifens, die bereits seit Monaten zu einer humanitären Katastrophe für 1,5 Millionen PalästinenserInnen geführt hat. Daran trage auch die ägyptische Regierung eine Mitverantwortung.

Deshalb müsse nach einem Waffenstillstand sofort umfassende humanitäre Hilfe geleistet und endlich Verhandlungen ohne Vorbedingungen über konkrete Schritte zu einem Ende der Besatzung aufgenommen werden, alles andere, so Hänsel, würde zu keinem gerechten Frieden und damit Sicherheit für die israelische und palästinensische Bevölkerung führen.



Inna Michaeli (rechts) mit Heike Hänsel auf Mahnwache gegen den Krieg in Gaza (16.1.), Foto: Roland Hägele

Frauenrechte sind Menschenrechte!

Weiterhin werden Frauen weltweit in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Belangen benachteiligt. Sie haben immer noch die Kosten von Konflikten und Kriegen, Armut und Chancenlosigkeit besonders schwer zu tragen. Die Entwicklungszusammenarbeit muss diesem Umstand Rechnung tragen und geeignete Instrumente für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit anwenden, forderte Hüseyin Aydin in seiner Bundestagsrede vom 18. Dezember 2008 (zu Protokoll).

Männer tragen die Entscheidungen, Frauen tragen die Konsequenzen. Weltweit sind Frauen Krisenmanagerinnen. Jede Finanzkrise, jede Nahrungsmittelkrise, jeder kriegerische Konflikt, jede Hungerkatastrophe wird auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Denn die Frauen sind in der Regel für die Ernährung der Kinder, für die Wasserversorgung der Familien, für das Schulgeld der Kinder und für die Pflege der Familienmitglieder verantwortlich.

Frauen sind die ersten Opfer, wenn Profite über die soziale Wohlfahrt gesetzt werden. Bei steigenden Preisen lernen sie kunstfertig, die billigsten Nahrungsmittel zu ergattern, sich neue Rezepte auszudenken, zu nähen, zu basteln und zu sparen. Das ist in Deutschland übrigens ganz genauso. Frauen sind Krisenmanagerinnen auf Kosten von Freizeit, Karriere und ihrer Freiheit.

Wie ist die Situation der Frauen? Hier einige Zahlen: Weltweit sind 70 Prozent der Hungernden Frauen, sind 70 Prozent der Menschen in absoluter Armut Frauen, besitzen Frauen 10 Prozent des Einkommens, besitzen Frauen 1 Prozent des Eigentums, leisten Frauen 70 Prozent der unbezahlten Arbeit, machen Frauen 67 Prozent der Analphabeten aus, besetzen Frauen 10 Prozent der Parlamentssitze, haben Frauen 6 Prozent der Regierungämter inne. Und in Deutschland? Verdienen Frauen 22 Prozent weniger als ihre Kollegen, sind von 533 Vorstandssitzen der 200 größten Unternehmen 11 von Frauen besetzt; das entspricht 2,4 Prozent.

Lange Zeit hat die Entwicklungszusammenarbeit der besonderen Rolle der Frau nicht Rechnung getragen. Zum Teil hat sie die Situation der Frauen sogar verschlimmert anstatt verbessert. Mit neuen Aufgaben in Projekten kam es nicht auf der anderen Seite zu einer Entlastung bei den häuslichen Pflichten. So bedeuteten neue Möglichkeiten und neue Verantwortungen manchmal einfach nur Mehrarbeit und mehr Zeit, die es nicht gab.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Der uns vorliegende Antrag der Grünen geht auf notwendige Veränderungen in der Entwicklungszusammenarbeit ein. Wir unterstützen die Stärkung der Menschenrechte von Frauen, wie in der UN-Konvention CEDAW gefordert, und wollen keine Verwässerung von Frauenquoten durch „freiwillige Verpflichtungen“. Die Einführung von wichtigen Instrumenten wie Gender-Budgets und Gender-Audits fördern eine geschlechtergerechte Verteilung von Haushaltsgeldern und Entwicklungsgeldern. Diese müssen jedoch auf allen Ebenen konsequent durchgeführt werden, auch auf der Seite der Geldgeber, von der Planung über die Durchführung über Monitoring bis hin zur Evaluation. Diese Forderungen sind nicht neu. Doch an der Implementierung scheitert es – natürlich, denn die entscheidenden Männer geben nur ungern Verantwortung und Positionen ab. Auch hier – oder vielleicht gerade hier – in Deutschland.

Doch geht es um mehr. Um die Geschlechterbeziehungen grundlegend zu verändern, müssen wir die Bedingungen des Marktes ändern. Der Neoliberalismus ist nicht geschlechterblind. Ganz im Gegenteil. Die Ungleichheit zwischen Mann und Frau in politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ist sogar eine notwendige Voraussetzung für den Fortbestand der freien Marktwirtschaft – ebenso wie verschuldete Länder und Kreditgeber, ebenso wie Arbeitgeber und ein Heer von Arbeitslosen. Denn von den drei Rollen der Frau wird hier nur eine berücksichtigt: die produktive Form der entlohnten Arbeit.

Die reproduktive Arbeit, die Frauen leisten, wird weder entlohnt noch respektiert. Die Frau in ihrer Position als Mutter und Familienmanagerin ist unsichtbar. Doch macht diese Arbeit vor allem in Entwicklungsländern einen Großteil ihrer Lebenszeit aus. Auch hier in Deutschland leiden gerade Frauen unter Altersarmut, weil Erziehungszeiten nicht auf ihre Rente angerechnet werden. Die unbezahlte Arbeit von Frauen wird weltweit auf einen Wert von 11 Trillionen Dollar im Jahr geschätzt. In Neuseeland und Kanada macht die unbezahlte Frauenarbeit circa ein Drittel des Bruttoinlandprodukts aus. Die soziale Rolle der Frau, die ihre Verantwortung in der Gemeinde wahrnimmt und ihre Zeit ehrenamtlichen Aufgaben widmet, die sich um die Pflege der Großeltern kümmert, wird ebenso wenig honoriert.

Es geht auch anders. Genderquoten sichern den Zugang zu bezahlter Arbeit. In Frankreich ist gesetzlich vorgeschrieben, Wahllisten paritätisch und abwechselnd zu besetzen. Norwegen hat 2003 eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent für Sitze in allen Verwaltungsräten der 600 börsennotierten Unternehmen beschlossen. In Ruanda besteht das Parlament zu über 50 Prozent aus Frauen. In Bolivien hat die verfassungsgebende Versammlung eine Frauenquote in allen legislativen Körperschaften von 50 Prozent beschlossen. Mindestlöhne und soziale Sicherungssysteme sichern die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, auch bei Krankheit.

Wir unterstützen den Antrag der Grünen, in dem erneut die Umsetzung und Implementierung vieler schon lange existierender Resolutionen und Instrumente in der Entwicklungszusammenarbeit gefordert werden. Dafür brauchen wir auch einen grundlegenden Wandel der Wirtschaftspolitik und eine Neudefinition von Arbeit, auch in Deutschland.

Rede, 4.12.2009

Hermes-Bürgschaft für Ilisu-Staudamm widerrufen!

Die Bundesregierung muss jetzt die Notbremse ziehen und sich aus der Finanzierung des Ilisu-Staudammes zurückziehen, fordert Hüseyin Aydın in seinem Beitrag zur Debatte um einen entsprechenden Antrag von DIE LINKE am 4. Dezember 2008 im Bundestag (zu Protokoll).

In diesen Tagen muss sich die Bundesregierung entscheiden: Will sie endlich die Notbremse ziehen und sich aus dem Bau des Ilisu-Staudammes im Südosten der Türkei zurückziehen? Oder will sie weiterhin dieses unsoziale und die Umwelt zerstörende Großprojekt politisch und finanziell unterstützen?

Seit mehr als zwei Jahren beschäftigen wir uns hier und in den Ausschüssen mit dem

Thema der Exportkreditversicherung für die Züblin AG zum Bau des Ilisu-Staudammes. Meine Partei und die Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen haben wiederholt und detailliert die Gründe dargelegt, die gegen diese unverantwortliche Hermesbürgschaft der Bundesregierung sprechen. Ich möchte die wichtigsten Punkte dennoch noch einmal kurz ansprechen.

Erstens sind bis zu 78 000 Menschen durch das Großprojekt in ihrer Existenzgrundlage bedroht. Von ihnen werden schätzungsweise mehr als 10 000 Menschen ihren Landbesitz verlieren. Die Enteignungen, Umsiedlungen und Entschädigungen der betroffenen Bevölkerung, die bereits begonnen haben, bleiben weit hinter den erforderlichen internationalen Standards zurück. Zudem droht eine doppelte Vertreibung: Das Land, auf dem die Bewohner der Region angesiedelt werden sollen, ist zum Teil bereits bewohnt. Dort werden die Menschen aufgefordert, ihren Besitz zu Spottpreisen zu verkaufen.

Zum Zweiten berührt die Aufstauung des Tigris und des Euphrats im Rahmen des umfangreichen Südostanatolien-Projektes ganz direkt die Interessen der Nachbarländer Syrien und Irak. Die Regierungen dieser Länder wurden jedoch nicht in die Planungen für den Ilisu-Staudamm einbezogen. Wenn es durch das Projekt in bestimmten Perioden zum Wassermangel kommt, sind internationale Spannungen zwischen der Türkei und den Anrainern nur eine Frage der Zeit.

Drittens würden durch eine Flutung der Region um Ilisu einige der wichtigsten Kulturgüter der Menschheitsgeschichte unwiederbringlich verloren gehen. Mit der Stadt Hasankeyf würden eine Jahrtausende alte Stadt und deren kulturelle Schätze versinken.

Kürzlich hatte ich die Gelegenheit, mit einigen Bewohnern Hasankeyfs sowie dem Bürgermeister der Stadt persönlich zu reden. Sowohl sie als auch Vertreter der türkischen Umweltverbände treten nach wie vor vehement gegen die Umsetzung des Staudamm-Projektes ein. Wie mir der Bürgermeister Abdulvahap Kusen beschrieb, würde es auch gravierende Folgen für die lokale Wirtschaft haben, die ohnehin schwach entwickelt ist.

Dass die türkische Regierung die an die Vergabe der Exportkreditgarantien geknüpften Auflagen nicht erfüllt, musste im Oktober dieses Jahres selbst die Bundesregierung einräumen. Sie drohte zusammen mit Österreich und der Schweiz der türkischen Regierung, die Bürgschaften für das Ilisu-Projekt zurückzuziehen und gab ihr 60 Tage Zeit, um die 153 Auflagen in die Tat umzusetzen oder einen entsprechenden Plan zu erstellen. Am 12. Dezember wird diese Frist ablaufen.

Nach Einschätzung von Umweltorganisationen und anderen Beobachtern deutet derzeit nichts darauf hin, dass die türkische Regierung gewillt ist, sich an die Auflagen zu halten. Für uns bedeutet das: Die Bundesregierung muss die bestehenden Bürgschaftsverträge umgehend widerrufen.

Lassen Sie uns ein Zeichen setzen, dass die Zerstörung von Gesellschaft und Natur auch im fernen Anatolien uns hier nicht unberührt lässt, gerade wenn sie mit deutscher Unterstützung geschieht. Hier können Sie sich ganz konkret für die Menschenrechte einsetzen, wenn Sie es mit dem Antrag zu Menschenrechten, der morgen an dieser Stelle verabschiedet wird, wirklich ernst meinen. Fordern Sie also mit uns die Bundesregierung auf, aus diesem unverantwortlichen Projekt unverzüglich auszusteigen und die Hermesbürgschaften für Ilisu zurückzuziehen.

Menschenrechtsverteidiger in Kolumbien unterstützen!

Anlässlich der erstmaligen Überprüfung der Menschenrechtssituation in Kolumbien beim UN-Menschenrechtsrat im Rahmen des Universal Periodic Review, am heutigen 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, erklärt Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke:

Ich fordere Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier erneut auf, anlässlich der heutigen Überprüfung der Menschenrechtssituation in Kolumbien beim UN-Menschenrechtsrat in Genf, endlich die schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen unter der Regierung von Präsident Alvaro Uribe zur Kenntnis zu nehmen und daraus politische Konsequenzen in ihrer Kolumbien-Politik zu ziehen.

Die Regierung Uribe ist Teil des Problems der Menschenrechtsverletzungen, wie die Verstrickung von zahlreichen Abgeordneten der Regierungspartei mit paramilitärischen Strukturen zeigt. So genannte „außergerichtlichen Hinrichtungen“ durch die Armee sind in den letzten Jahren massiv angestiegen, wie zahlreiche Menschenrechtsorganisationen dokumentieren. Dabei handelt es sich um 1200 Fälle in sechs Jahren. Diese Organisationen sind mehrfach sowohl von Präsident Uribe selbst als auch von hochrangigen Regierungsvertretern verbal angegriffen und durch strafrechtliche Verfolgung in ihrer Arbeit behindert und bedroht worden. Durch diese systematische Kriminalisierung und öffentliche Diffamierung werden MenschenrechtsaktivistInnen und Organisationen massiv gefährdet, oft folgen kurz darauf Drohungen und Übergriffe durch paramilitärische Gruppen.

Präsident Uribe kann kein Partner für die Menschenrechte sein! MenschenrechtsverteidigerInnen müssen unter internationalen Schutz gestellt werden, z.B. durch unabhängige Beobachter, daran sollte sich auch die Bundesregierung beteiligen.

Kommentar, 12.12.2008

„Sternsinger aufgepasst!“

Abgeordnetenspalte von Heike Hänsel im Schwäbischen Tagblatt

Am 10. Dezember wurde weltweit, auch in Tübingen, der 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begangen, mit einer durchwachsenen Bilanz. Für die Mehrheit der Menschen sind die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte nicht annähernd gewährleistet, so zum Beispiel das Recht auf Leben und das Recht auf Nahrung. Dazu trägt auch das herrschende Wirtschafts- und Finanzsystem bei, das in vielen Ländern des Südens durch ungerechte Handelsstrukturen das Recht auf Entwicklung verletzt.

Rüstungsexporte, bei denen Deutschland eine Spitzenposition einnimmt, verschärfen vor allem in Krisenregionen die Menschenrechtssituation. Armut und Krieg produzieren Flüchtlinge. Sie sind der meisten Rechte beraubt, und nur wenige schaffen es aufgrund einer restriktiven Asyl- und Flüchtlingspolitik, wohlbehalten in Europa geschweige denn Deutschland anzukommen. Dagegen will eine bundesweite Kampagne „Save me – rette mich“ angehen und fordert, dass Deutschland durch die Aufnahme von Flüchtlingen mehr Mitverantwortung für Fluchtursachen übernimmt.

Auch in Tübingen gibt es diese Kampagne, die noch Pat(inn)en sucht, die sich bereit erklären, im Falle einer Aufnahme Flüchtlinge zu unterstützen und zu begleiten. Dies ist kein Ersatz für das Recht auf Asyl, aber damit soll laut Kampagne ein deutliches Signal gegen Ausgrenzung, Anfeindung und Abschottung von Flüchtlingen gesetzt werden. Deshalb werden Sie Patin oder Pate! Auch bei uns ist die Durchsetzung der Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit, auch hier müssen sie immer wieder neu verteidigt werden, ob soziale Rechte, das Recht auf Streik, das Recht auf Bildung und Arbeit oder aktuell das Versammlungsrecht, das von vielen bislang unbemerkt von der baden-württembergischen Landesregierung massiv eingeschränkt werden soll.

Durch strenge Auflagen können Versammlungen künftig erschwert oder verhindert werden, auch in Räumen. So sollen bereits mehr als zwei Personen als Versammlung gelten, die angemeldet werden muss, das heißt, die Heiligen Drei Könige werden im Schwabenland wegen unerlaubter Versammlung und einheitlicher Kleidung künftig dingfest gemacht – Sternsinger aufgepasst! In diesem Sinne wünsche ich allen bewusste Weihnachtstage und ein hoffentlich friedlicheres Jahr 2009, persönlich Gesundheit und viel Kraft für die kommenden politischen Herausforderungen.

Kleine Anfrage, 11.12.2008

Stahlwerkbau von ThyssenKrupp in Brasilien

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche und weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Im Mai 2008 trat im Rahmen des anlässlich des EU-Lateinamerika-Gipfels in Lima/Peru abgehaltenen Alternativgipfels der sozialen Bewegungen („Enlazando Alternativas“) das „Tribunal der Völker“ zusammen. Das Tribunal untersuchte soziale, menschenrechtliche und ökologische Verwerfungen, die aus den unternehmerischen Tätigkeiten europäischer Konzerne in Lateinamerika resultieren. Unter den angeklagten Konzernen befand sich, neben weiteren deutschen Unternehmen, ThyssenKrupp.

ThyssenKrupp ist zu 90 Prozent an dem Konsortium Atlantic Steel Company beteiligt. Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltgruppen werfen der Atlantic Steel Company vor, bei der Errichtung eines Stahlwerks in der Bucht von Sepetiba im brasilianischen Bundesstaat Rio de Janeiro schwere Umweltschäden zu verursachen und die lokalen Fischerfamilien um ihre Existenzgrundlagen zu bringen.

Angelockt durch großzügige Steuerbefreiungen und die finanzielle Unterstützung durch die brasilianische Entwicklungsbank BNDES (Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social), tätigt ThyssenKrupp in der Bucht von Sepetiba eine der umfangreichsten deutschen Investitionen in Brasilien überhaupt. Die immensen sozialen und ökologischen Kosten des Projektes tragen die Menschen vor Ort. Durch die Aushebung von mit Schwermetallen belastetem Schlamm wurden die Fischgründe von ca. 8000 Fischerfamilien kontaminiert bzw. durch Ablagerungen versperrt. Darüber hinaus werden durch den Bau des Stahlwerks und die damit im Zusammenhang stehenden Infrastrukturprojekte die Mangrovenwälder und weitere Teile des Ökosystems der Bucht nachhaltig beschädigt. Betroffenengruppen haben zwei Zivilklagen gegen die Atlantic

Steel Company angestrengt und fordern Entschädigung in Höhe von insgesamt 300 Mio. R\$ (ca. 100 Mio. €). Außerdem verlangen sie eine Überprüfung des behördlichen Verfahrens, das zur Vergabe einer Umweltlizenz für das Bauvorhaben geführt hat.

Nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen ergibt sich aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Pakt) eine Schutzpflicht Deutschlands gegenüber der durch die Unternehmenstätigkeit eines deutschen Unternehmens beeinträchtigten lokalen Bevölkerung (nach Art. 2.1), in diesem Falle gegenüber den Fischerfamilien und anderen Betroffenen an der Bucht von Sepetiba.

Seit April 2008 liegt der Entwurf eines Zusatzprotokolls zum WSK-Pakt vor. Dieser ermöglicht ein Beschwerdeverfahren, so dass Personen einen Sachverhalt vor dem Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen prüfen lassen können. Aktuell berät die UN-Generalversammlung über die Freigabe des Zusatzprotokolls als menschenrechtlichen Vertrag zur Ratifikation. Bereits jetzt steht mit den „OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen“ ein Instrument zur Verfügung, um Verstößen von Unternehmen gegen Menschenrechte und international vereinbarte soziale und ökologische Standards nachzugehen.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fragte die Bundesregierung im Juni 2008 in einer Kleinen Anfrage (BT-Drs. 16/9589), ob ihr die gegen ThyssenKrupp gerichteten Vorwürfe bekannt seien und ob sie gedenke, diese zu prüfen. Die Bundesregierung antwortete (BT-Drs. 16/9921), ihr seien die Anschuldigungen bekannt und sie werde „den Vorwürfen unter Einschaltung der deutschen Auslandsvertretungen, der betroffenen Unternehmen und anderer geeigneter Informationsquellen nachgehen und die Zusammenhänge eingehend überprüfen.“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Auf welche Informationsquellen hat die Bundesregierung bzw. haben die deutschen Auslandsvertretungen im Rahmen der in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/9921) angekündigten eingehenden Prüfung zugegriffen?
2. Hat die Bundesregierung über die deutschen Auslandsvertretungen in dieser Angelegenheit Kontakt zu den Fischerfamilien, Einwohnervereinen, Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltgruppen vor Ort aufgenommen?
3. Falls ja, zu welchen Gruppen wurde Kontakt aufgenommen? Wie ist diese Kontaktaufnahme erfolgt?
4. Falls nein, warum ist keine Kontaktaufnahme erfolgt bzw. hat die Bundesregierung vor, zu den Fischerfamilien, Einwohnervereinen, Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltgruppen Kontakt aufzunehmen (bitte begründen)?

Antwort zu den Fragen 1 bis 4:

Die Bundesregierung hat – u. a. während des Besuches des Gouverneurs des Bundesstaates Rio de Janeiro in Berlin im Juni 2008 – mehrfach die Investition von ThyssenKrupp angesprochen. Ansprechpartner der Bundesregierung sind die in der Sache zuständigen brasilianischen Regierungsstellen sowie die auf deutscher Seite Beteiligten. Mit diesen hat die Bundesregierung die Angelegenheit eingehend besprochen und geprüft.

5. Welches Bild konnte sich die Bundesregierung von der sozialen und ökonomischen Situation der betroffenen Fischerfamilien an der Bucht von Sepetiba machen? In welcher Weise wurde diese nach den Erkenntnissen der Bundesregierung durch den Bau des Stahlwerks verändert?

Der Bau des Stahlwerks wird von offizieller brasilianischer Seite als von großem Nutzen für die Region ausdrücklich gewürdigt. Dies bezieht Investitionen in Straßen, Schulen, Krankenhäuser und Einkaufszentren sowie Unterstützung örtlicher Fischereistrukturen ein, die den Bau des Stahlwerks begleiten.

6. Welche Erkenntnisse über die Wirkung des Projektes auf den lokalen Arbeitsmarkt liegen der Bundesregierung vor?

Derzeit sind ca. 22 000 Menschen auf der Baustelle beschäftigt. In Zusammenarbeit mit dem Industrieverband des Bundesstaates Rio de Janeiro werden 1 500 Arbeitskräfte zu Facharbeitern ausgebildet. Nach Produktionsaufnahme sollen bis zu 3 500 direkte Arbeitsplätze geschaffen werden, die Zahl der indirekt geschaffenen Arbeitsplätze beträgt Angaben zufolge schätzungsweise das Vierfache davon.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die brasilianischen Behörden bereits zweimal die Baustelle vorübergehend schließen ließen, weil die Atlantic Steel Company die vorgeschriebenen Sicherheitsstandards für die Arbeitnehmer nicht einhielt bzw. weil dort chinesische Arbeiter ohne Papiere arbeiteten, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorgang?

Die Vorwürfe sind der Bundesregierung bekannt. Die Bundesregierung begrüßt es, dass Vorwürfe entkräftet bzw. Beanstandungen offenkundig inzwischen ausgeräumt werden konnten, so dass die Schließung aufgehoben wurde.

8. Zu welchen Einschätzungen ist die Bundesregierung hinsichtlich der Auswirkungen des Stahlwerkbaus auf das Ökosystem der betroffenen Region gekommen?

Soweit der Bundesregierung bekannt, liegen die für die Durchführung des Projektes erforderlichen brasilianischen Umweltlizenzen und -genehmigungen sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene vor.

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Auswirkungen der von Umweltgruppen kritisierten Versenkung von kontaminiertem Aushub in der Bucht?

Soweit der Bundesregierung bekannt, wurde die Sepetiba Bucht durch den früheren Betrieb einer Zinkherstellungsanlage kontaminiert (siehe auch Antwort zu Frage 13). Die Anlage wurde 1980 stillgelegt. Für die Anlage einer Fahrrinne zum Hafen wurde nach Angabe von Verantwortlichen moderne, umweltschonende Ausbaggerungstechnik verwendet, um eine Verteilung der in den oberen Sedimentschichten der Sepetiba Bucht abgelagerten Schwermetalle zu vermeiden. Die kontaminierten Rückstände seien in enger Zusammenarbeit mit der brasilianischen Umweltbehörde durch die Baggerarbeiten entfernt und in unterirdischen Höhlen sicher gelagert worden. Der kontaminierte Aushub sei versiegelt worden.

10. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von den Umständen, unter denen die Baustelle im Dezember 2007 von der brasilianischen Umweltagentur IBAMA (Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis) aufgrund mangelhafter Genehmigungsverfahren gesperrt wurde?

11. Ist die Bundesregierung auf Hinweise darauf gestoßen, dass die betroffenen Familien und Aktivistinnen und Aktivisten, die ihre Belange vertreten, Repressalien durch private Sicherheitsdienste ausgesetzt sind?

Antwort zu den Fragen 10 und 11:

Der Bundesregierung liegen darüber keine eigenen Erkenntnisse vor.

12. In welcher Weise hat die Bundesregierung bzw. haben ihre Vertreterinnen und Vertreter vor Ort gegenüber der Konzernleitung der Atlantic Steel Company bzw. gegenüber der ThyssenKrupp AG die von Fischerfamilien, Einwohnervereinen, Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltgruppen kritisierten Missstände angesprochen und welche Antwort haben sie erhalten?

Die Bundesregierung hat die Angelegenheit gegenüber den Verantwortlichen in Deutschland und über ihre Auslandsvertretungen in Brasilien vor Ort gegenüber deren dortigen Repräsentanten angesprochen.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erkenntnisse die Anklageschrift gegen die ThyssenKrupp AG, die auf dem „Tribunal der Völker“ in Lima behandelt wurde und in der es heißt: „The facilities of German corporation Thyssen Krupp have led to the environmental destruction of Sepetiba bay in Brazil, causing serious impacts on craft fishery as a result of the spill on mirror-still water“?

Die Umweltbelastungen in der Bucht von Sepetiba wurden nach Erkenntnissen der Bundesregierung bereits in den 1980er Jahren im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit mit Brasilien im Rahmen eines GTZ-Projekts gemeinsam mit der Umweltbehörde FEEMA dokumentiert. Dieser Erhebung zufolge wurden die Altlasten durch den Betrieb des Zinkverhüttungsbetriebs „Inga Mercantil“ verursacht. Inga Mercantil stellte die Produktion 1980 ein und wurde 1998 endgültig liquidiert. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

14. Ist die Bundesregierung der Meinung, dass sie eine politische Verantwortung trägt für die Sozial- und Umweltverträglichkeit großer deutscher Investitionsprojekte im Ausland (bitte begründen)?

Für Auslandsinvestitionen tragen die Unternehmen die Verantwortung, insbesondere im Hinblick auf dortige Gesetze und internationale Regularien. Die Bundesregierung wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei deutschen Unternehmen auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards hin. Insbesondere begrüßt sie, dass sich 113 deutsche Unternehmen im Global Compact zu entsprechenden Standards verpflichtet haben.

15. Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, auch im Rahmen von Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen, die sie weder durch Exportgarantien noch durch Investitionsgarantien unterstützt, auf die Einhaltung ökologischer, sozialer und entwicklungspolitischer Standards wie etwa der „OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen“ zu drängen?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen.

16. Welcher Handlungsbedarf im Hinblick auf die „OECD-Leitlinien“ ergibt sich für die Bundesregierung im Ergebnis ihrer Prüfung der Implikationen der Tätigkeit der ThyssenKrupp AG an der Bucht von Sepetiba?

Die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze, die beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie angesiedelt ist, würde aktiv werden, sobald ihr ein entsprechender Antrag vorgelegt wird.

17. In welcher Weise will die Bundesregierung gegenüber der ThyssenKrupp AG gegebenenfalls die Einhaltung der Standards der „OECD-Leitlinien“ einfordern?

Auf die Antwort zu Frage 16 wird verwiesen.

18. Wie will die Bundesregierung ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nach Artikel 2.1. des WSK-Paktes im Falle der Auseinandersetzung um den Stahlwerkbau an der Bucht von Sepetiba nachkommen?

Soweit der Bundesregierung bekannt, sind keine Anhaltspunkte für Menschenrechtsverletzungen belegt.

19. Teilt die Bundesregierung die Meinung, dass sich für sie aus dem WSKPakt eine Schutzpflicht gegenüber den von der Investitionstätigkeit der ThyssenKrupp AG Betroffenen an der Bucht von Sepetiba ergibt (bitte begründen)?

Auf die Antwort zu Frage 18 wird verwiesen.

20. Falls ja, mit welchem Instrument plant die Bundesregierung, ihre Schutzpflicht gegenüber den durch die Unternehmenstätigkeit der ThyssenKrupp AG beeinträchtigten Familien an der Bucht von Sepetiba einzuhalten?

Auf die Antwort zu Frage 18 wird verwiesen.

Bekämpfung von Armut braucht fairen Handel und kohärente Politik

Rede von Hüseyin Aydın zur Beratung der Anträge „Hunger und Armut in Entwicklungsländern durch die Förderung von ländlicher Entwicklung nachhaltig bekämpfen“ und „Die Ursachen des Hungers beseitigen – Die ländliche Entwicklung fördern“ am 4. Dezember 2008 im Bundestag (zu Protokoll).

Die Ernährungslage in der Welt ist unhaltbar für viel zu viele Menschen. Die Regierungen der Industrieländer tragen eine große Verantwortung an dieser Situation. Lassen Sie mich die Situation noch einmal kurz skizzieren:

Auf dem Welternährungsgipfel 1996 in Rom versprochen die Regierungen, den Hunger auf der Welt bis 2015 zu halbieren. Die Halbzeitbilanz in diesem Jahr ist niederschmetternd. Die Zahl der Hungernden ist auf über 923 Millionen Menschen angestiegen. Das tägliche Einkommen der meisten afrikanischen Männer und Frauen liegt unter 1 Euro. Für ein europäisches Rind hingegen wird 2,50 Euro pro Tag an Subventionen ausgegeben. Die Industriestaaten subventionieren ihre Landwirtschaft mit jährlich rund 268 Milliarden Euro – rund viermal soviel, wie sie für Entwicklungshilfe ausgeben. Diese Zahlen geben die Unmenschlichkeit dieses Welthandelssystems wieder.

Die Ministerin Wieczorek-Zeul weist selbst darauf hin: „Alle Programme zur Einlösung des Rechts auf Nahrung werden nichts ändern, wenn es uns nicht gelingt, die Strukturen im Welthandel gerechter zu gestalten.“ In ihrem Antrag listen die Regierungsparteien die vielfältigen Gründe für die zunehmende Armut und den Hunger auf. Es wird betont, dass die Nahrungsmittelkrise vor allem eine Verteilungs- und Armutskrise ist. Es wird sogar auf die „vorschnelle Handelsliberalisierung ohne Schutzmöglichkeiten ... einheimischer Produzenten“ hingewiesen. – Diese plötzliche Hellsichtigkeit ist erstaunlich!

Doch was folgern Sie daraus, Kolleginnen und Kollegen der CDU und SPD: Sie möchten dem Anstieg der Nahrungsmittelpreise durch Agrartreibstoffe – an deren Produktionssteigerung die Bundesregierung durch die Quotenpolitik maßgeblich beteiligt ist – durch Zertifizierung entgegenreten. Eine Zertifizierung ist nicht nur aufgrund mangelnder institutioneller Infrastruktur kaum möglich, sie käme auch viel zu spät. Des Weiteren möchten Sie die „Potenziale der modernen Biotechnologie prüfen“, anstatt lokale und angepasste Anbaumöglichkeiten zu fördern. Auch werden die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – EPAs – der EU mit den AKP-Staaten – Afrika, Karibik, Pazifik – nicht erwähnt. Diese sind armutsverschärfend und behindern jegliche regionale Marktintegration innerhalb Afrikas. Auch gehen Sie nicht auf die Spekulation von Nahrungsmitteln ein, die laut Weltbank ein Hauptgrund für die Verteuerung von Nahrungsmitteln war.

Zusammengefasst: Ihre Analyse ist in vielen Punkten zutreffend. Doch ziehen die Regierungsparteien – wie so oft – keine Schlussfolgerungen für ihr Handeln daraus. Ihre Forderungen kratzen nur an der Oberfläche der Ursachen des Hungers. Diesen Antrag lehnen wir ab.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt da mehr Kohärenz zwischen

Analyse und Forderungen auf. Es werden vier zentrale Bereiche aufgelistet, in denen dringender Handlungsbedarf besteht:

Erstens. Der Forderung, das Recht auf Nahrung gemäß Art. 11 des Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte umzusetzen, stimmen wir vorbehaltlos zu.

Zweitens. Den Wortbruch der Kanzlerin bezüglich der niedrigen ODA-Quote haben wir mehrfach angesprochen. Ein Erreichen der 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes für Entwicklungshilfe bis 2015 halten wir für unbedingt notwendig.

Drittens. Der Forderung nach der Beendigung der systematischen Zerstörung der Ökosysteme und der Übernutzung der natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Luft schließen wir uns an. Vor allem der Hinweis auf eine nachhaltige Landwirtschaft ohne Einsatz von gentechnisch modifizierten Organismen und einer angepassten Forschung ist dabei unterstützenswert.

Viertens. Leider fällt dann die Frage nach der Demokratisierung der „ungerechten internationalen und nationalen Governancesysteme und Regelwerke“ weit hinter wünschenswerten Forderungen nach einer Handelspolitik zugunsten der Armen zurück. Auch hier werden die EPAs nicht problematisiert werden. Der Anbau von Agrotreibstoffen nach Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien ist faktisch nicht durchsetzbar. Dass Bündnis 90/Die Grünen lediglich die Regulation von kurzfristigen Spekulationen mit Agrarrohstoffen fordern, ist enttäuschend.

Wir brauchen eine Politik der systematischen Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern. Wir brauchen eine Umverteilung von Land zugunsten der Landlosen und Kleinbäuerinnen und -bauern. Wir brauchen staatlich garantierte Arbeitsplätze mit angemessenen Löhnen. Wir brauchen die Streichung illegitimer Schulden. Wir brauchen eine faire und kohärente Handelspolitik zugunsten der Armen. Steueroasen müssen geschlossen werden, Spekulationen mit Nahrungsmitteln verboten und Banken staatlich reguliert werden. Viele wichtige Gründe der Nahrungsmittelkrise finden in dem Antrag der Grünen keine Erwähnung. Dennoch sind die enthaltenen Forderungen erste Schritte auf einem richtigen Weg, weshalb die Linke den Antrag unterstützt.

Rede, 5.12.2008

Sanitäre Grundversorgung: Dezentrale und technisch einfache Lösungen gefragt

Die Herausforderungen an die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Bereich sanitäre Grundversorgung sind enorm. Um das UN-Millenniumsziel zu erreichen, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser und Anschluss an die Abwasserversorgung zu halbieren, bedarf es weitaus größerer Anstrengungen, auch durch die deutsche Entwicklungshilfe. Ein entsprechender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet dementsprechend die Unterstützung von DIE LINKE, führt Hüseyin Aydin in seiner Rede vor dem Bundestag vom 5. 12. 2008 aus.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Simbabwe ruft den Notstand aus, Tausende Menschen seien bereits an Cholera gestorben, mehr als 12 000 Menschen seien infiziert. Der Grund: kein sauberes Wasser. Der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Weltweit steht genügend Wasser zur Verfügung. Ob es jedoch sauber und trinkbar ist und wie es verteilt wird, hat mit dem sozialen Gefälle in der Gesellschaft zu tun, aber auch mit dem Handeln der Regierungen. Das Recht auf Wasser ist unteilbar mit dem Recht auf sanitäre Grundversorgung verbunden. Was würden wir tun, wenn wir erst einmal eine halbe Stunde aus dem Dorf herauslaufen müssten, um uns hinter irgendeinen Busch zu hocken?

(Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU]: Das war bei uns auch so!)

Im subsaharischen Afrika sind es zwei von drei Menschen, die unter solch menschenunwürdigen Bedingungen leben. Alle 20 Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an einfachen Erkrankungen wie Durchfall. Bei schlechter Abwasserbehandlung kommt es zu Cholera- und Ruhrepidemien, wie in Simbabwe. In Lusaka, der Hauptstadt von Sambia, leben 70 Prozent der Bevölkerung in informellen Siedlungen am Stadtrand. Hier greifen die Menschen auf die einfachsten Mittel zurück, wie die der „fliegenden Toiletten“: Man macht in eine Plastiktüte und wirft sie dann auf der Straße weg. Die Gefahr der Ansteckung ist enorm.

Die Probleme der sanitären Grundversorgung betreffen vor allem Mädchen und Frauen. Mangelnde Privatsphäre und Scham führen oft zu einer langen Verschleppung von Klogängen und so zu Erkrankungen. Viele Mädchen besuchen mangels Toiletten keine Schulen; Frau Eid wies bereits darauf hin. Ein Teufelskreis aus schlechten sanitären Verhältnissen, mangelnder Bildung, Krankheit und Armut!

Von der Erreichung des UN-Millenniumsziels, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Wasser und Abwasserentsorgung zu halbieren, sind wir weit entfernt. Pro Sekunde muss mehr als eine Toilette gebaut werden. Nur etwa 10 Prozent der Abwässer werden in den Entwicklungsländern geklärt. Es gibt kaum Kanalisation. Die Grünen sprechen also mit ihrem Antrag ein notwendiges Thema an. Viele von den dargelegten Forderungen können wir nur unterstützen.

Ich möchte jedoch noch auf einige Punkte hinweisen: Der von Ihnen angesprochene Evian Actions Plan der G 8 von 2003 setzt bei Wasserver- und -entsorgung auch auf private Versorger. Private Versorger und Investitionen im Wassersektor haben in vielen Entwicklungsländern bereits zu katastrophalen Verhältnissen geführt. Es gibt Beispiele von unbezahlbaren Wasser- und Anschlusspreisen, was in Cochabamba in Bolivien zum Aufstand geführt hat.

Wir brauchen dezentrale und technisch einfache Lösungen. Sanitärkonzepte müssen, wie auch Sie ganz richtig sagen, mit Konzepten in der Landwirtschaft und im Energiebereich zusammengeführt werden. Hier ist viel Potenzial für Biogasanlagen und für Düngeversorgung.

Der Bedarf ist enorm. Diese Konzepte bringen kein Geld. Aber sie bedeuten Lebensqualität und Würde für die Menschen vor Ort. Darum geht es uns. Wir unterstützen den Antrag der Grünen, und wir werden die Umsetzung der Bundesregierung sehr genau beobachten, weil der Zugang zu Wasser ein Menschenrecht ist. Auch wenn die Bundesregierung mit 350 Millionen Euro im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die

Verhältnisse zu verbessern versucht – uns wurden bei unseren Besuchen bereits positive Beispiele gezeigt –, bedarf es hier vermehrter Anstrengungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Rede, 18.12.2008

Eigenverantwortung stärken, Budgethilfe ausweiten

Wenn bestimmte Voraussetzungen in Entwicklungsländern vorliegen, kann der direkte Transfer von Hilfsgeldern in die Haushalte dieser Staaten die Eigeninitiative und die Verfestigung von legitimen gesellschaftlichen Strukturen stärken. Begleitet werden muss die Budgethilfe allerdings von einem Paradigmenwechsel in den internationalen Handelsbeziehungen, argumentierte Hüseyin Aydin in der hier dokumentierten Rede vor dem Bundestag (zu Protokoll) am 18. Dezember 2008.

Durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit wollen wir auch die Eigeninitiative stärken und die Schaffung von legitimierten gesellschaftlichen Strukturen in Entwicklungsländern fördern. Wie das praktisch umgesetzt werden kann, war in den vergangenen Jahren Thema vieler Konferenzen. Der direkte Transfer von Hilfsgeldern in den Haushalt oder an bestimmte Sektorprogramme in Entwicklungsländern, die sogenannte Budgethilfe, ist eine Konsequenz aus diesen Diskussionen.

Die Bundesregierung setzt dieses Mittel der Entwicklungsfinanzierung derzeit noch zurückhaltend ein. Großbritannien, die Niederlande oder die skandinavischen Länder sind die Vorreiter. Das BMZ praktiziert vielmehr eine Mischung aus Projekthilfe, Programmfinanzierungen und begleitender technischer Zusammenarbeit. Wir unterstützen diesen Ansatz. Gleichzeitig wollen wir das Ministerium ermutigen, die Vergabe von Budgethilfe weiter auszubauen.

Für eine erfolgreiche Budgethilfe – das ist unsere Überzeugung – braucht es bestimmte Voraussetzungen. Es muss in den Empfängerländern ein Mindestmaß an funktionierenden Institutionen geben, die für die Haushalts- und Finanzpolitik verantwortlich sind. Die Parlamente müssen bei der Haushaltsplanung die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler transportieren. Abgeordnete müssen in der Lage sein, die korrekte Zuteilung und Auszahlung von Haushaltsmitteln verfolgen zu können. Die Regierungen der Partnerländer wiederum sollten vor allem ins Soziale investieren und dadurch ihren Reformwillen beweisen.

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger in Entwicklungsländern, die die Haushalte ihrer Länder verstehen und prüfen können. Natürlich sind auch die Geber dafür verantwortlich, wie die von ihnen gezahlten Gelder verwendet werden. Dienen sie einer kleinen Elite als Machtstütze, oder kommen sie den Bedürftigsten zugute? Doch die Legitimation für die Haushaltspolitik darf nicht an die Geber abgegeben werden. Wichtig sind Transparenz und Kontrolle vor allem vor Ort.

Ein verbessertes Finanzmanagement in Entwicklungsländern ist kein Selbstzweck. Es muss einhergehen mit nachhaltigen Fortschritten in den Kernbereichen der Entwicklungspolitik: Armutsbekämpfung, Auf- und Ausbau von Bildungs- und Gesundheitssystemen, sozialer Ausgleich und politische Teilhabe. Wenn die Budgethilfe zu einer weiteren Zentralisierung von ohnehin oft sehr hierarchischen politischen Systemen führt, hat sie ihr Ziel verfehlt. Dezentralisierung und die Stärkung von lokalen Verwaltungen müssen dabei immer im Auge behalten werden.

In dem Antrag der FDP, der uns heute vorliegt, werden strenge Kriterien für die Vergabe von Budgethilfe verlangt. Diese werden allerdings längst angelegt. Das entsprechende Konzept des BMZ fand Anfang dieses Jahres die generelle Zustimmung des Bundesrechnungshofes, wenn auch Verbesserungen angemahnt wurden. Der Haushaltsausschuss des Bundestages muss jeder Budgethilfe zustimmen. Jetzt zu fordern, die Budgethilfen nicht auszuweiten und auf neue Evaluationen zu warten, ist ebenso kontraproduktiv wie eine zeitliche Befristung von Zusagen.

Meine Fraktion unterstützt stattdessen eine verantwortungsvolle Erhöhung von Programmhilfen. Diese muss jedoch von einem Wandel in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen begleitet werden. Den Regierungen im Süden sollte endlich zugestanden werden, selbst über einen geeigneten Schutz für ihre Märkte und Produzenten entscheiden zu können. Budgethilfe darf nicht dazu dienen, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Industrieländer durchzusetzen.

Die Agrarsubventionen im Norden gehören abgeschafft, denn sie zerstören das Leben von ungezählten Menschen vor allem in ländlichen Regionen. Reformen der Steuersysteme in Entwicklungsländern bleiben wirkungslos, wenn nicht gleichzeitig die Steueroasen geschlossen werden, über die jedes Jahr Milliarden Euro diese Staaten verlassen. Eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte ist dringend geboten. Erst dann kann ein ehrlicher und gleichberechtigter Dialog zwischen Gebern und Empfängern zustande kommen, wie ihn das Konzept der Budgethilfe anstrebt.

Veranstaltung, 19.1.2009

Afrika: Demokratie – das ist mehr als Wahlen

Im Grünen Salon der Volksbühne diskutierten am 19. Januar 2009 der Bürgerrechtler Tiecoura Traoré aus Mali und Hüseyin Aydin über Wirtschaftsliberalisierung und linke soziale Bewegungen in Afrika.

Seit seiner Wahl in den Bundestag 2005 beschäftigt sich Hüseyin Aydin mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in afrikanischen Ländern. Dem Duisburger Abgeordneten, der DIE LINKE als Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vertritt, ist die Auseinandersetzung mit den spezifischen Problemen auf dem Nachbarkontinent eine Herzensangelegenheit. Den Austausch mit fortschrittlichen Organisationen und Bewegungen, die in Afrika verwurzelt und aktiv sind, möchte er gern ausbauen. „Wir müssen offen sein für die entwicklungspolitische Visionen, die aus Afrika selbst kommen. Unsere eigenen Vorstellungen sollen außerdem eine größere Verbreitung finden“, erklärt Aydin.

Gelegenheit dazu bot sich am 19. Januar 2009 im Grünen Salon der Volksbühne. Auf Einladung des Arbeitskreises Internationales der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und in Kooperation mit der Organisation AfricAvenir kamen um die 80 Interessierte, um einen bekannten Aktivisten aus Westafrika in der Diskussion mit Hüseyin Aydin zu erleben. Der Malier Tiecoura Traorè, promovierter Eisenbahningenieur und Dokumentarfilmer, engagiert sich seit Jahren gegen die Privatisierung der Bahn in seinem Land. Die Organisation COCIDIRAIL, die er 2003 mitbegründete, klärt die Bevölkerung nicht nur entlang der Bahnstrecke über die Wirtschaftsliberalisierung und die Folgen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auf. Außerdem macht sie sich für die Rekommunalisierung der Eisenbahn stark.

„Unsere schlimmsten Befürchtungen sind mit dem Verkauf an den privaten französisch-kanadischen Investor Transrail wahr geworden“, führte Traorè in seinem Referat aus. „Innerhalb kurzer Zeit sind 24 von insgesamt 36 Bahnhöfen geschlossen worden. Das entzieht der Bevölkerung die Lebensgrundlage.“ Die Straßen seien in einem derart desaströsen Zustand, dass die Menschen dringend auf die Bahnverbindung angewiesen seien. Doch es gehe um weit mehr als die eingeschränkten Transportmöglichkeiten. Die Bahnstationen seien auch ein lebhafter Umschlagplatz für Waren aller Art gewesen, ganze Familien konnten sich durch den Handel an den Verkehrsknotenpunkten finanzieren. Nun fehle das Geld, um Kinder in die Schule zu schicken oder für die Behandlung bei Krankheiten, erklärte der Bürgerrechtler.



Tiecoura Traorè (links) diskutierte mit Hüseyin Aydin (rechts) im Grünen Salon der Volksbühne über Privatisierung, Liberalisierung und den Widerstand dagegen in Afrika. Moderiert wurde die Veranstaltung von Judith Strom (AfricAvenir).

Entschieden wandte sich Traorè gegen von außen diktierte Entwicklungsmodelle. „Die Leute vor Ort wissen am besten, was gut für sie ist“, meinte er. Die Demokratisierung in Mali sei bei der Verankerung von bürgerlichen Freiheiten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit stecken geblieben. „Das geht uns nicht weit genug. Was wir fordern,

ist eine Demokratisierung der wirtschaftlichen Teilhabe. Um das umzusetzen, brauchen wir eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung“, so Traorè.

Die COCIDIRAIL ist innerhalb Malis in ein Netzwerk eingebunden, das alternative Medien, Fraueninitiativen und Landwirtschaftsorganisationen umfasst. Auch internationale Verbindungen vor allem zu Gewerkschaften in Frankreich, Belgien und Deutschland gibt es. Traorè wünscht sich, diese Beziehungen auszuweiten, um seine Organisation wachsen zu lassen und ihr Anliegen besser artikulieren zu können. „Ein Problem ist, dass in Mali die Privatisierung nicht als ein Problem angesehen wird, das alle angeht. Oft heißt es: Das hat mit uns nichts zu tun, darum sollen sich die Politiker kümmern“, berichtete der Aktivist.

Während der regen Diskussion im Anschluss an die Vorträge ging es auch um die Rahmenbedingungen, mit denen gesellschaftliche Bewegungen in Afrika heute konfrontiert sind. Wirtschaftsliberalisierung, der Einfluss der internationalen Finanzorganisationen und die enormen sozialen Herausforderungen hatte auch Hüseyin Aydin in seinem Referat thematisiert. „Politische Parteien, unabhängige Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Bewegungen leiden unter den Folgen der wirtschaftlichen Zerrüttung und des Kalten Krieges. Dies kann aber auch eine Chance für soziale Bewegungen sein, neue Felder zu erobern und die Bevölkerung zu unterstützen, ihre Forderungen politisch zu artikulieren und ihre Interessen zu organisieren“, meinte der Abgeordnete der LINKEN.

Die an diesem Abend angestoßene Diskussion soll in Kürze fortgesetzt werden. Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE werden voraussichtlich im Juni diesen Jahres AktivistInnen aus Afrika, deutsche und internationale ExpertInnen zum Thema „Afrika und die Linke“ debattieren. Eine ausführliche Analyse der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Kontinent sowie die Handlungsoptionen einer emanzipatorischen Politik legte die Fraktion pünktlich zur Veranstaltung im Grünen Salon vor.

Studie, 19.1.2009

Publikationshinweis: Die Afrika-Broschüre der Fraktion DIE LINKE ist da!

Afrika und DIE LINKE

Entwicklungspolitische Perspektiven europäisch-deutscher Afrikapolitik

Afrika, das lange nur als „Krisenkontinent“ wahrgenommen wurde, rückt seit der Jahrtausendwende wieder in den Fokus der OECD-Welt. Der Ressourcenreichtum des Kontinents und die Aussicht auf neue, unerschlossene Märkte wecken geopolitische und ökonomische Begehrlichkeiten. Zugleich bleiben aber große Teile der afrikanischen Bevölkerungen von Armut, vermeidbaren Krankheiten, wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Ausgrenzung sowie kriegerischer Gewalt betroffen. Westliche Akteure und internationale Finanzinstitutionen betonen zwar ihre entwicklungspolitische Verantwortung gegenüber Afrika. Doch ihre neoliberalen Entwicklungsstrategien und Handelspolitiken lösen die Probleme der AfrikanerInnen nicht, sondern verschärfen sogar vielfach die politischen und sozialen Krisen Afrikas und schreiben die Abhängigkeit des Kontinents fort.

Mit der aktuellen Broschüre „Afrika und DIE LINKE“ legt die Fraktion DIE LINKE ihre Grundzüge für eine linke, solidarische Afrikapolitik vor. Vor dem Hintergrund einer kritischen Analyse der Politik des Westens zeigt die Broschüre für wichtige Politikbereiche wie beispielsweise Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik und Konfliktbearbeitung alternative Strategien einer solidarischen Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit auf.

Die Studie ist hier abrufbar:

- Webseite von Hüseyin Aydin: www.hueseyin-aydin.de
- Webseite der Fraktion DIE LINKE:
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7716923487.pdf>

Studie, 6.10.2008

Mit Sicherheit keine Entwicklung – die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Die von Heike Hänsel und der Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Studie von Jürgen Wagner (IMI Tübingen) zeigt, wie die Umdeutung von Entwicklungspolitik als Beitrag zu Stabilisierung, Nation Building und (militärischer) Sicherheit vorangetrieben wird. Immer mehr Gelder der Entwicklungszusammenarbeit werden weg von der Armutsbekämpfung hin zu sicherheitspolitischen Maßnahmen umgeleitet. Die Studie ist auf der Website der Linksfraktion abrufbar:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7783260956.pdf>

In der gedruckten Ausgabe kann die Studie im Büro der Abgeordneten Heike Hänsel bestellt werden: Telefon: 030 227 73179, Email: heike.haensel.ma01@bundestag.de

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Dr. Susanne Hartmann
Dr. Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Ruben Eberlein
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de